

Kurzinformationen

zusammengestellt von Theo Ebbers und Thomas Stukenberg

Provinzratswahlen

Über 2.300 Kandidaten aus neun Parteien stellten sich am 17. Mai bei Provinzratswahlen zur Wahl (die Ergebnisse lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor). In den 17 Distrikten der sieben Provinzen (im Norden und Osten wurde nicht gewählt) waren über 9.300.000 Wähler dazu aufgerufen, die 366 Mitglieder der sieben Provinzräte zu wählen. Nicht alle Parteien traten in allen Distrikten an. Neben der 'United National Party' (UNP) und der 'Democratic United National Front' (DUNF) stellte noch ein 'People's Alliance' genanntes Parteienbündnis Kandidaten in allen 17 Distrikten. Zu dieser 'Alliance' hatten sich die 'Sri Lankan Freedom Party' (SLFP), die 'Lanka Sama Samaja Party' (LSSP), die 'Communist Party of Sri Lanka' (CPSL), die 'Desha Vimukhti Janatha Party' (DVJP) sowie die 'Sri Lanka Mahajana Party' (SLMP) zusammengeschlossen. In nur 16 Distrikten trat die 'People's Liberation Organisation' (PLO) an, ein Linksbündnis aus verschiedenen politischen Gruppen (vor allem 'Nava Sama Samaja Party', NSSP) und Gewerkschaften, während der 'Sri Lankan Muslim Congress' (SLMC) nur in 11 Distrikten Kandidaten aufstellte.

Vor den Wahlen wurde von der Regierung bekanntgegeben, daß für die gesamte Dauer der Wahlperiode einige in Kraft befindliche Notstandsmaßnahmen aufgehoben werden sollten. Dennoch verkündete der Generalinspektor der Polizei wenige Tage später, die Wahlen würden entsprechend den Richtlinien des Wahlgesetzes für Provinzratswahlen durchgeführt; dieses enthält eine Reihe von sonst nicht üblichen Restriktionen für den Wahlkampf.

Die Provinzratswahlen standen natürlich im Zeichen einer Serie politischer Morde, denen der DUNF-Vorsitzende Athulathmudali sowie Präsident Premadasa zum Opfer gefallen waren. Ansonsten zeichneten sie sich dadurch aus, daß erstmals eine Vielzahl srilankischer Tamilen indischer Herkunft, die in den letzten Jahren die srilankische Staatsbürgerschaft erhalten hatten, wählen durften. Der 'Ceylon Worker's

Congress' (CWC), die traditionell größte politische Repräsentantin der tamilischen Plantagenarbeiter, hatte sich der UNP angeschlossen. Ihr stärksten Widersacher in der Zentralprovinz um Kandy, Badulla und Nuwara Eliya war die 'Up Country People's Front' (UPF). 152 Tamilen kandidierten für diese Gruppierung, deren Führer inhaftiert sind.

Die in Colombo beheimateten tamilischen Parteien hatten bezüglich der Wahlen verschiedene Taktiken gewählt. Die 'Eelam Peoples Democratic Party' (EPDP) und die 'Peoples Liberation Organisation of Tamil Eelam' (PLOTE), die mit der Regierung und den srilankischen Sicherheitskräften gegen die LTTE kollaborieren, riefen zur Unterstützung der UNP auf. Die 'Tamil Eelam Liberation Organisation' (TELO) hatte zur Unterstützung für das Lindsbündnis der PLO und den CWC aufgerufen. Damit schien die Partei die Strategie zu verfolgen, einerseits direkte Werbung für die UNP zu vermeiden, andererseits aber die Regierungspartei - über den CWC - zu unterstützen. Auch die 'All Ceylon Muslim League' appellierte an ihre Anhänger, für die UNP ihre Stimme abzugeben.

Der Krieg im Nordosten

Während des ganzen April ist es zu massiven Rückzugsbewegungen der LTTE auf die nördliche Halbinsel und damit zu einer Konzentration von LTTE-Kadern in Jaffna gekommen. Mit dem Beginn der Operation 'Suli Sulang' konzentrierten sich die militärischen Auseinandersetzungen auf Mannar, Vavuniya und Kilinochchi. Die sonst zum srilankischen Neujahrsfest (Mitte April) übliche Waffenruhe wurde diesmal nicht eingehalten. Bei ihrem Versuch, die Frontlinie vorzuschieben sowie bei mehreren LTTE-Attacken, erlitten die Sicherheitskräfte schwere Verluste. Bei den verschiedenen militärischen Auseinandersetzungen und Überfällen durch die LTTE kamen mindestens 30 Soldaten ums Leben, allein 19 bei einem LTTE-Angriff in Weli Oya (Mullaitivu). Die 'Daily News' berichtete, die LTTE habe bei den Zusammenstößen mit der Armee während der letzten Wochen mindestens 90 Kämpfer verloren.

Der Krieg und die Zivilbevölkerung

Anfang April kam es zu einem heftigen Beschuß von Personen die versuchten, mit Fischerbooten über die Kilaly-Lagune die Jaffna Halbinsel zu verlassen. Die Lagune ist die derzeit einzige Verbindung zwischen Jaffna und dem südlicher gelegenen Festland. Der Überquerung der Kilaly Lagune ist jedoch von den Sicherheitsbehörden verboten. Bei dem Angriff kamen mindestens drei Menschen ums Leben und eine größere Zahl wurde verletzt.

Gleichzeitig kam es aufgrund militärischer Operationen in Vavuniya zu einer mehrtägigen Unterbrechung des Straßenverkehrs nördlich der Stadt Thandikulam, die erst beendet wurde, nachdem die Sicherheitskräfte ein LTTE-Lager bei Iyakachchi zerstört hatten.

Bei einem Luftangriff auf Pandithirippu (Jaffna Halbinsel) wurde eine Person getötet, mehrere zum Teil schwer verletzt und eine Vielzahl von Gebäuden zerstört.

Entgegen den Beteuerungen der Sicherheitskräfte, sie seien noch Herr der Lage, kam es im nordwestlichen Mannar zu einer weiteren Verschlechterung der Situation, als allein im März bei mehreren Anschlügen elf Soldaten von der LTTE getötet wurden. Mehrmals geriet Mannar unter Beschuß wobei ein Kind getötet und mehrere Menschen verletzt wurden.

Dagegen hat sich die Versorgung Jaffnas mit Nahrungsmitteln und Kerosin deutlich verbessert, nachdem die Lieferung und Verladung von Lebensmitteln beschleunigt wurden. So sind die Preise für Grundnahrungsmittel inzwischen wieder stark gesunken. Noch Ende März stauten sich am Armee-Kontrollpunkt bei Vavuniya mehr als 300 Lastwagen, die fast ausschließlich mit lebensnotwendiger Nahrung beladen waren. Die Sicherheitskräfte verweigerten ihnen die Weiterreise, da offiziell nur Fahrzeuge des ICRC (Internationales Rotes Kreuz) in den Norden fahren dürfen.

Hilfsorganisationen beklagen jedoch den Mangel an wichtigen Medikamenten zur Malaria- und Typhusbekämpfung. Insbesondere Malaria entwickelte sich zu einem

ernsthaften Problem, nachdem in letzter Zeit beinahe 1.200 neue Fälle gemeldet worden seien. Eine Studie der Universität von Jaffna belegt, daß noch immer mindestens 44.000 Kinder in Jaffna an Unterernährung leiden. Am 8. April berichtete die tamilische Zeitung 'Virakesari', durch die Bombardierung von Nallur, einem Stadtteil von Jaffna, seien Nahrungsmittel im Wert von einer Million Rupien zerstört worden.

Personelle Veränderungen in der Militärführung

Spekulationen über die zukünftige Richtung der srilankischen Armee erhielten neue Nahrung, als bekannt wurde, daß zwei der fünf Generalmajor-Posten in den nächsten Monaten frei würden. In den Ruhestand gehen bis Ende Juni Generalmajor Tilak Paranagama, der Kommandeur der Ersten Division im Süden, und Generalmajor Abhayaratna, der Kommandeur der 33.000 Mann starken 'Freiwilligen Truppe'.

Flüchtlinge

Die aktuelle Zahl der landesweit vertriebenen Personen lag nach Angaben des 'Ministry of Rehabilitation, Reconstruction and Social Welfare' Ende März weiterhin bei über 613.000 Personen.

Politische Häftlinge

Die 153 Häftlinge in den 'Detention Centres' in Boosa und Pelawatte, die Mitte März einen Hungerstreik begonnen hatten, haben diesen inzwischen nach intensiven Diskussionen mit Vertretern des Verteidigungsministeriums abgebrochen. Die Verhandlungen endeten mit der Vereinbarung, daß innerhalb der nächsten drei Monate eine Entscheidung über die Zukunft aller dort Inhaftierten getroffen wird. In Boosa gibt es zur Zeit 467 Häftlinge, in Pelawatta sind es 187.

Auch die mehr als 400 tamilischen Häftlinge in Kalutara haben verlangt, endlich vor ein Gericht gestellt oder entlassen zu werden; es wird geschätzt, daß im Augenblick mehr als 700 Tamilen in den Untersuchungsgefängnissen in Colombo und Kalutara, zum Teil ohne Anklage, einsitzen.

Rückzug der EPDP aus Colombo

Ein Effekt der Ermordung Athulathmudalis war der öffentliche

Aufbruch gegen die von Douglas Devananda geführte 'Eelam People's Democratic Party' (EPDP) und deren Präsenz in der Stadt. Seit einigen Jahren kooperiert diese tamilische Organisation mit der Regierung bei ihrem Kampf gegen die LTTE. Die EPDP unterhält in einem Wohnviertel Colombos ein Hauptquartier. Die Organisation wurde in der Vergangenheit immer wieder beschuldigt, für zahlreiche Straftaten in Colombo und anderen Gebieten des Landes verantwortlich zu sein. Zu einer Strafverfolgung kam es jedoch nie, weil die Organisation den politischen Schutz der UNP-Regierung genoß. Auch eine Beteiligung der EPDP am Attentat auf Athulathmudali wurde von Oppositionsgruppen nicht ausgeschlossen. Die Vorwürfe wurden von EPDP-Führer Devananda zurückgewiesen.

Oppositionsgruppen drohten daraufhin mit einer Protestaktion gegen die Anwesenheit von EPDP-Kadern in der Stadt, was schließlich dazu führte, daß die Organisation ankündigte, sie werde sich aus Colombo zurückziehen, um in der östlichen Hafenstadt Trincomalee ihr Hauptquartier zu eröffnen.

Menschenrechte in der deutschen Sri Lanka-Politik

'Menschenrechte in der deutschen Sri Lanka Politik' war das Thema einer Arbeitsgruppe während des Hearings 'Menschenrechte in der deutschen Innen- und Außenpolitik', zu dem die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen zusammen mit mehr als zwanzig deutschen NGOs am 11. und 12. Mai nach Bonn eingeladen hatte. Dr. Jakob Rösel vom Freiburger Arnold-Bergsträsser-Institut gab in seinem Einstiegsreferat einen Überblick über die Entwicklung der Konflikte in Sri Lanka in den letzten zwanzig Jahren, wobei die internationalen Einflüsse auf den Konflikt deutlich wurden. Während die Forderungen der LTTE nach einem unabhängigen Staat, Tamil Eelam, seit 1976 und die faktische Umwandlung Sri Lankas in einen UNP-Einparteienstaat seit 1977 eher originär srilankisch seien, habe die Entsendung der indischen Truppen (IPKF) seit 1987 und später massive ausländische Kritik an der Menschenrechtssituation in Sri Lanka doch den Konfliktverlauf wesentlich von außen beeinflußt.

Die Unterdrückung sowohl der Tamilen als auch großer Teile der sinhalesischen Jugend durch die

UNP-Regime sowohl unter Jayawardene als auch unter dem 1988 zum Präsidenten nominierten Ranasinghe Premadasa hätte die Situation an beiden Fronten verschärft. Aus dem Westen wurden, so betonte Rösel, die Menschenrechtsverletzungen zwar verurteilt, das Regime aber nie effektiv zur Verantwortung gezogen. Auch die von der Regierung Premadasa eingerichteten Menschenrechtskommissionen seien kaum glaubwürdig und wenig anerkannt. Laut 'Asia Watch' existierten sechs der 14 Menschenrechtsorganisationen nur auf dem Papier, nur eine habe - nach starkem Druck von westlichen NGOs - Ergebnisse vorzuweisen. Der Druck, dem sich die LTTE dagegen ausgesetzt sehe, v.a. nach dem Entzug ihrer indischen logistischen Basis nach dem Mord an Rajiv Gandhi, lasse sie in der Isolierung nur um so härter und brutaler - "allein gegen alle" - um ihre Existenz kämpfen.

Veronika Arendt-Rojahn, Rechtsanwältin, gab einen Überblick über die Entwicklung der - sehr widersprüchlichen und zum Teil in sich inkonsistenten - deutschen Asylrechtsprechung gegenüber Sri Lanka-Tamilen. Kritisiert wurde, daß in Verkennung der tatsächlichen Situation in Sri Lanka unterstellt werde, die Tamilen hätten inländische Fluchialternativen im Süden der Insel. Die rechtliche Situation tamilischer Flüchtlinge aus Sri Lanka sei nach wie vor weitgehend ungeklärt, betonte die Rechtsanwältin. So schienen sich Anerkennungsquoten eher nach hiesigem politischen Kalkül zu bemessen als nach der Situation in Sri Lanka, wobei der Bundesbeauftragte offenbar gegen jede Anerkennung Klage erhebe. Arendt-Rojahn kritisierte, daß kein Referent aus dem Bundesinnenministerium zur Verfügung stehe, der zu den asylrechtlichen Aspekten des Themas hätte Stellung nehmen können. Dr. Norbert Holl vom Auswärtigen Amt wies darauf hin, daß der jetzige Präsident Wijetunga auf einer Tagung des Sri Lanka-Weltbank-Konsortiums Ende 1990 aufgrund der Menschenrechtssituation in Sri Lanka stark unter Druck geraten sei. Die deutsche Außenpolitik gegenüber Sri Lanka müsse, so Dr. Holl, im europäischen Kontext gesehen werden; eine deutsche Außenpolitik zu Sri Lanka sei nur sehr begrenzt vorhanden. Dr. Holl sah sich unter Rechtfertigungsdruck, und auch die Ausführungen der FDP-Parlamentarierin Dr. Ingrid Walz zur Entwick-

lungszusammenarbeit, v.a. mit den NGOs, konnten kaum dem Eindruck entgegenwirken, daß Sri Lanka in der deutschen Politik - nicht zuletzt aufgrund der desolaten und unübersichtlichen Lage dort - kaum berücksichtigt wird.

Vertiefung der Handelsbeziehungen

Der bilaterale Handel zwischen Indien und Sri Lanka ist in den vergangenen Jahren beständig gewachsen. Dieses Wachstum ist jedoch in erster Linie auf die steigenden Exporte indischer Waren nach Sri Lanka zurückzuführen, während indische Importe von srilankischen Gütern nahezu stagnieren: Mit einem Anstieg von 220 Millionen US-Dollar auf 293,45 Millionen US-Dollar nahm das Handelsvolumen zwischen den beiden Ländern im vergangenen Jahr um 33 Prozent zu. Der Anteil indischer Waren am Gesamtimportvolumen Sri Lankas betrug neun Prozent. Hingegen machen srilankische Exporte nach Indien nur einen Umfang von 11 Millionen US-Dollar aus. Neben dem Transportsektor bestimmen vor allem agrarische Produkte wie Zwiebeln, Koriander und Zucker die indischen Exporte nach Sri Lanka. Daneben spielen noch Pharmazeutika und Stahlbauelemente eine wichtige Rolle.

Das wachsende Defizit Sri Lankas im Handel mit Indien stand dann auch im Mittelpunkt des 3. Treffens des 'gemeinsamen Wirtschaftsrats' (Joint Business Council - JBC) der beiden Länder in Colombo. Die Vertreter Sri Lankas appellierten an ihre indischen Kollegen, Indien möge günstigere Bedingungen für Importe aus Sri Lanka schaffen und indische Direktinvestitionen in Sri Lanka erhöhen. Während Vertreter der indischen Industrie, die die Delegation begleiteten, ihre prinzipielle Bereitschaft zu Direktinvestitionen bekundeten, wiesen sie auf die mangelnde Bereitschaft srilankischer Unternehmer hin, Gemeinschaftsunternehmen mit indischen Partnern einzugehen. Als mögliche Felder für indische Direktinvestitionen nannten die Vertreter aus der Industrie den Bereich der Fahrradproduktion sowie Fertigungsstätten für Autozubehör und -ersatzteile.

Der JBC schlug vor, eine gemeinsame Marketingstrategie in den Bereichen Tee und Tourismus zu entwickeln. Hier sei Konkurrenz zwischen den beiden Ländern kontraproduktiv und man könne jeweilige Angebote durch eine gemein-

same Kampagne ergänzen. So könne zum Beispiel zur Tourismusförderung ein kombiniertes Angebot in Europa, den USA und Japan verkauft werden.

Neues zum Thema Pressefreiheit

Das im Februar neu gegründete 'Democratic Movement for Media Freedom' (DMMF) hat bei einer Versammlung, an der auch Angehörige von Gewerkschaften, politischen Parteien und Nicht-Regierungsorganisationen (NROs) anwesend waren, eine öffentliche Kampagne für die Durchsetzung der Meinungsfreiheit angekündigt. Außerdem forderte die Bewegung Aktionen mit dem Ziel einer Lockerung des staatlichen Monopols auf elektronische Medien und rief nach einer unabhängigen Untersuchung aller Übergriffe auf Journalisten und Fotografen während der letzten Monate.

Am 18. März fand in Colombo ein zweistündiger, friedlicher Protest statt. Obwohl es nur zwei Tage zuvor in Matale gegenüber DMMF-Vertretern Drohungen durch die Polizei gegeben hatte, verlief die Veranstaltung in Colombo ohne Zwischenfälle. Mehr als 2.000 Personen nahmen teil, zu denen auch zahlreiche Anhänger des 'Free Media Movements' gehörten.

Auch der ermordete Präsident Premadasa hat sich vor seinem Tod noch einmal zum Thema Pressefreiheit gemeldet: In einem Interview, daß am 29. März in 'The Island' veröffentlicht wurde und in dem er vor allen Dingen die sinhalaischsprachigen Zeitungen 'Divaina' und 'Lankadeepa' kritisierte, meinte Premadasa: "Es gab nie zuvor eine Zeit, in der so viele Zeitungen und Magazine in diesem Land auf dem Markt waren... Spricht das nicht Bände für eine unbehinderte Pressefreiheit? Die meisten dieser Zeitungen werden nur mit dem Ziel hergestellt, die Regierung zu geißeln, zu verleumden und zu erniedrigen. Sie stören und verdrehen die Politik der Regierung und ihre Arbeitsprogramme. Sie schleudern ihren Schmutz auf alles. Die Herausgeber dieser Zeitungen sollten wissen, daß sie durch ihre heimtückischen Kampagnen nur damit fortfahren, die Massen zu verdummen."

Risiko für rückkehrende Flüchtlinge

Angesichts der Tendenz europäischer Regierungen, Tamilen, denen kein Asyl gewährt wurde, nach Sri

Lanka zurückzuschicken, hat jetzt amnesty international (ai) eine Pressemitteilung veröffentlicht. Die Menschenrechtsorganisation weist darauf hin, daß die Mehrheit der Tamilen in keinem Landesteil in Würde und Sicherheit leben können.

Nur wenige Wochen zuvor, im Februar 1993, hatte der Schweizer Minister für Flüchtlingsangelegenheiten, Peter Arbenz, ein neues Repatriierungsprogramm angekündigt, mit dem über 1.000 Tamilen, die seit September 1992 in der Schweiz eingetroffen waren, nach Sri Lanka zurückkehren sollen. Arbenz betonte besonders, daß die betroffenen Tamilen nur nach Colombo und in den Süden des Landes geschickt würden, nachdem auch das UNHCR in einer Untersuchung aus dem Juni 1992 zu dem Schluß gekommen sei, daß diese Landesteile für Tamilen sicher seien. Auch die norwegische Regierung plant aufgrund dieser Untersuchung sowie einem Besuch offizieller norwegischer Vertreter in Sri Lanka, 50 Tamilen umgehend dorthin zurückzuschicken. In Norwegen vertraut man dabei auch auf Zusagen von UN-Vertretern, die einen sicheren Transport vom Flughafen nach Colombo zusichern.

All dieses geschieht angesichts von erneuten Klagen der srilankischen Sicherheitskräfte über die steigende Infiltration von LTTE-Angehörigen in Colombo. Schon seit Mitte März geht man wieder wesentlich radikaler gegen verdächtige Personen, vor allen Dingen Tamilen, in Colombo vor. Am 20. März wurden allein 75 Tamilen verhaftet, weitere 120 nahm man nur einige Tage später fest. Geschahen Verhaftungen und Razzien zunächst unter dem Vorwand, daß tamilische und moslemische Parlamentsangehörige bedroht seien, so ist spätestens nach den beiden letzten Bombenanschlägen auf Athulathmudali und Premadasa das Klima für Tamilen in der Hauptstadt wieder wesentlich unsicherer geworden.

Neben ai haben auch andere srilankische Menschenrechtsorganisationen in der letzten Zeit wiederholt erklärt, daß im Großraum Colombo Razzien durchgeführt werden, bei denen große Zahlen tamilischer Jugendlicher inhaftiert werden. Die Kriegssituation im Norden und Osten des Landes verhindere jede vernünftige Ansiedlung von vertriebenen Menschen innerhalb des Landes.